



75

Wirtschafts- politische Irrtümer

KRONBERGER KREIS

Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap,
Johanna Hey, Volker Wieland, Berthold U. Wigger

— STIFTUNG —
Marktwirtschaft

Wirtschaftspolitische Irrtümer

Kronberger Kreis

Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap,
Johanna Hey, Volker Wieland, Berthold U. Wigger

Gefördert durch die informedia-Stiftung
Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften
und Publizistik, Köln

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über <http://ddb.de> abrufbar.

© 2025

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)
Charlottenstraße 60
10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 206057-0
Telefax: +49 (0)30 206057-57
info@stiftung-marktwirtschaft.de
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISBN: 3-89015-138-8

Titelbild: artoptimum (Adobe Stock)

Einleitung	5
1 Ist der deutsche Staat „strukturell unterfinanziert“ und sind Steuererhöhungen deshalb alternativlos?	7
2 Verhindern Schuldenregeln Investitionen des Staates?	14
3 Kann der Staat nicht pleitegehen?	18
4 Werden in der Marktwirtschaft die Armen immer ärmer und die Reichen reicher?	22
5 Sollte Deutschland sein Exportmodell aufgeben, weil andere Länder protektionistischer werden und geopolitische Spannungen wachsen?	25
6 Wenn andere Länder industriepolitische Subventionen einführen, müssen wir dann noch eins drauflegen?	29
7 Führt Dekarbonisierung zu einem Wirtschaftsboom?	32
8 Schicken Wind und Sonne keine Rechnung?	34
9 Verteuern CO ₂ -Preise die Dekarbonisierung?	36
10 Geht Wettbewerb zu Lasten der Schwächsten?	39
11 Kann man Wohnungsknappheit und steigende Mieten mit Mietregulierungen bekämpfen?	41
12 Haben wir die Grenzen des Wirtschaftswachstums erreicht?	43
Literaturverzeichnis	46

Einleitung

1. Wirtschaftspolitische Irrtümer, Halbwahrheiten und populäre Mythen behaupten ihren Platz in der öffentlichen Debatte oft hartnäckiger als jede evidenzbasierte Analyse. Diese Resistenz gegenüber Fakten ist kein Zufall: Fehltritte halten sich besonders dort, wo sie komplexe ökonomische Zusammenhänge auf einfache Formeln reduzieren und dabei an die Intuition – den vermeintlich gesunden Menschenverstand – appellieren.

2. Ein Beispiel für die Zählebigkeit solcher Denkfiguren ist die bereits Jahrhunderte alte Vorstellung, das volkswirtschaftliche Arbeitsvolumen sei eine statische, unveränderliche Größe (die sogenannte Lump of Labor Fallacy). Gerade in Phasen rapider technologischer Umbrüche bildet diese Annahme den Nährboden für politisch relevante Zukunftsängste. Wenn Maschinen oder neuerdings Künstliche Intelligenz Aufgaben übernehmen, die vormals dem Menschen vorbehalten waren, so die Sorge, müsse dies zwangsläufig in den Verlust von Erwerbsmöglichkeiten münden. Die politische Ableitung dieser Logik ist defensiv: Um Beschäftigung zu sichern, wird gefordert, das verbleibende Pensum durch Arbeitszeitverkürzung oder Frühverrentung gleichsam zu rationieren und neu zu verteilen.

3. Der Irrtum der festen Arbeitsmenge verkennt jedoch die fundamentale Dynamik des Marktes: Technischer Fortschritt und die daraus resultierenden Produktivitätsgewinne sind keine Jobkiller, sondern Wachstumstreiber. Steigt die Effizienz der Arbeit, sinken tendenziell die Güterpreise. Die dadurch freigesetzte Kaufkraft verpufft nicht, sondern fließt in andere Sektoren der Volkswirtschaft. Dort stimuliert sie neue Nachfrage und bereitet den Boden für Branchen und Berufsbilder, die bislang nicht existierten. Eine Politik, die dem arbeitssparenden technischen Fortschritt hingegen mit einer künstlichen Verknappung des Arbeitsangebots begegnet, konterkariert diesen wohlstandsfördernden Effekt und hemmt die Entstehung jener Industrien, die die Beschäftigung von morgen sichern.

4. Das Beispiel verdeutlicht eine fundamentale Gefahr: Diagnostische Fehlanalysen führen zu Fehlgriffen in der Wirtschaftspolitik, die Wohlstand und Wachstum schädigen. Damit der öffentliche Diskurs zu tragfähigen Ergebnissen führt, ist es unerlässlich, solche Mythen nicht unwidersprochen zu lassen,

sondern sie vor dem Hintergrund empirischer Evidenz kritisch zu beleuchten und zu widerlegen.

5. Die vorliegende Studie widmet sich zwölf wirtschaftspolitischen Irrtümern, die die aktuellen Debatten maßgeblich prägen. Jedes Kapitel geht von einer leitenden Frage aus, die eine weitverbreitete Annahme spiegelt – eine Annahme, die sich bei näherer Betrachtung als falsch erweist und zu deren Widerlegung wir im Folgenden antreten. Das Themenspektrum reicht dabei von der Stabilität der Staatsfinanzen über die Ausgestaltung der Industrie- und Klimapolitik bis hin zu fundamentalen Erwägungen, etwa ob die physischen Grenzen unseres Planeten zwangsläufig das Ende des Wirtschaftswachstums bedeuten.

1 Ist der deutsche Staat „strukturell unterfinanziert“ und sind Steuererhöhungen deshalb alternativlos?

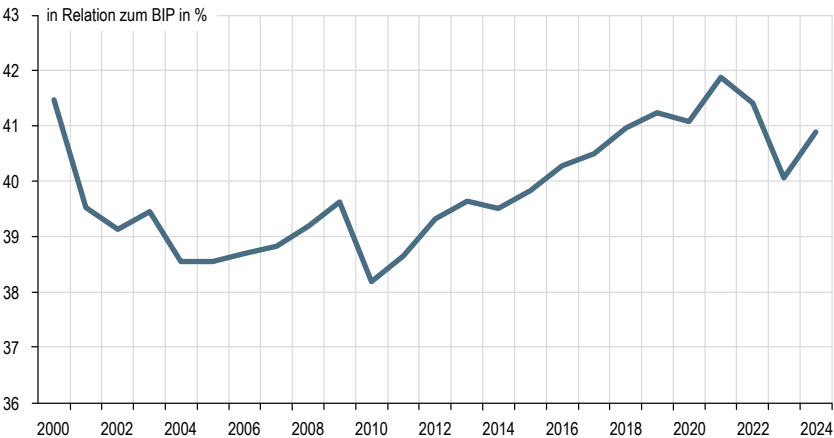
6. In den nahezu täglichen Diskussionen um die Finanzpolitik treten wiederkehrend die gleichen Behauptungen auf: Im Bundeshaushalt gebe es in den Jahren 2027 bis 2029 eine Finanzlücke von insgesamt rund 172 Milliarden Euro.¹ Die Ausgaben ließen sich nicht kürzen, weil diese durch gesetzliche Ansprüche bestimmt seien. Daher müssten die Einnahmen erhöht werden – temporär durch mehr Schulden, aber schon bald durch Steuererhöhungen. Der deutsche Staat sei strukturell unterfinanziert. Hinter diesen Sätzen stehen politische Bewertungen, die selten transparent sind und die man vor allem nicht teilen muss.

7. Der öffentliche Gesamthaushalt in Deutschland, also die Summe der Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, belief sich im Jahr 2024 auf 2,08 Billionen Euro auf der Ausgaben- und 1,98 Billionen Euro auf der Einnahmeseite. Das Finanzierungsdefizit betrug im gleichen Jahr 104 Milliarden Euro. In den Jahren 2025 und 2026 sind höhere Ausgaben und Einnahmen sowie höhere Defizite zu erwarten. Dabei liegt die Abgabenquote, also die Einnahmen aus Steuern, Beiträgen und Gebühren in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), seit der deutschen Wiedervereinigung in einem Korridor von 38,5 bis 42 Prozent, zuletzt wieder am oberen Rand dieses Korridors (Abbildung 1).

8. Die Staatsquote, also die Staatsausgaben in Prozent des BIP, liefert etwas mehr Variation – in der Regel über höhere Defizite finanziert (Abbildung 2). Seit dem Jahr 2000 variiert die Staatsquote zwischen rund 44 und 51 Prozent. Mit den aktuell vereinbarten schuldenfinanzierten Mehrausgaben dürfte die Staatsquote 52 Prozent und darüber erreichen. Hier liegt die eigentliche Problematik: Das Ausmaß, mit dem der Staat auf die jährliche Wirtschaftsleistung zugreift, zeigt die wahre Belastung für die privaten Haushalte und die Unternehmen an. Je mehr er durch seine Ausgabentätigkeit beansprucht, desto mehr Geld braucht er – unabhängig davon, ob mit Steuern oder Schulden finanziert.

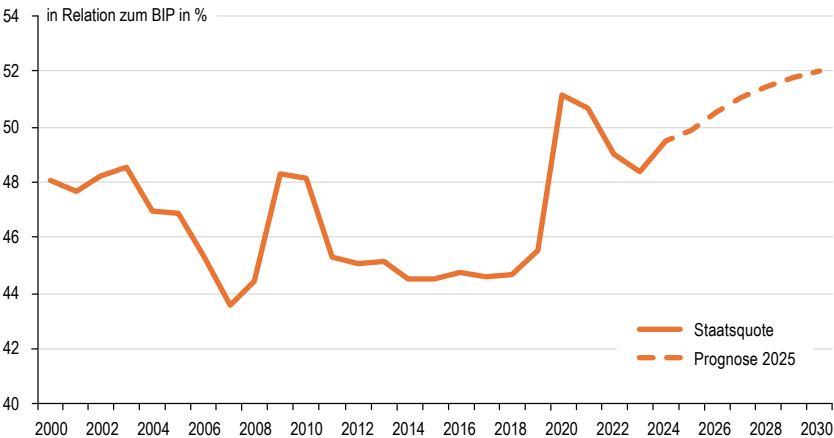
1 Die Jahreszahlen und Beträge sind für frühere Zeiten austauschbar.

Abbildung 1: Steuern und Sozialabgaben in Prozent des BIP (Abgabenquote), 2000–2024



Quelle: BMF (2025).

Abbildung 2: Staatsausgaben in Prozent des BIP (Staatsquote), 2000–2030



Quelle: Wissenschaftlicher Beirat beim BMF (2025).

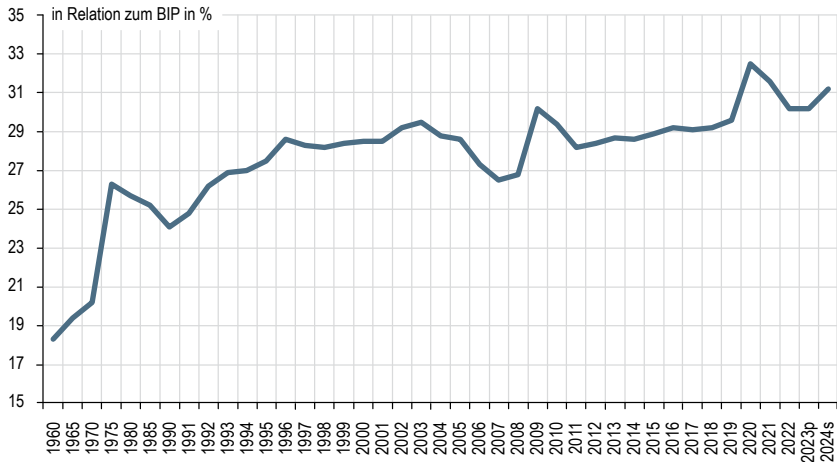
9. Daher ist es keine gute Nachricht, dass die Staatsquote schon in diesem Jahr über 50 Prozent des BIP ansteigt und im Jahr 2026 noch höher ausfallen wird. Von einer strukturellen Unterfinanzierung kann deshalb nicht die Rede sein, selbst wenn man in Rechnung stellt, dass mehr Ressourcen für Rüstung bereitgestellt werden müssen. Deutlich höhere Verteidigungsausgaben in Höhe von 4 Prozent des BIP und mehr gab es in Deutschland schon während des Kalten Krieges. Andere Staatsausgaben, beispielsweise Sozialausgaben, waren damals erheblich niedriger. Vielmehr beansprucht der Staat einen deutlich steigenden Anteil des BIP.

10. Ein grundsätzlicher Trugschluss steckt in der Annahme, dass die Staatsausgaben gegeben seien, dass eine Ausgabensenkung nicht möglich sei, gesetzliche Vorgaben dies verhinderten. Konsolidierungspolitik muss mittel- bis langfristig angelegt sein. Die Behauptung, bestehende Ausgabenstände seien unveränderlich, ist in jedem Fall falsch. Sehr kurzfristig, etwa wenn im Dezember eines Jahres noch rasch Ausgaben für das darauffolgende Jahr im Budget eingespart werden sollen, mag dies schwierig sein. Unmöglich ist selbst das nicht, wie die Entscheidungen der damaligen Bundesregierung im Dezember 2023 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse zeigen. Schon in der Zweijahresfrist, jedenfalls aber mittelfristig lassen sich Ausgaben kürzen. Häufig sind dafür nicht einmal größere Gesetzespakete erforderlich, das Haushaltsgesetz genügt.

11. Im Sozialbereich kommt es jedoch auf die mittelfristige Flexibilität an, da hier gesetzliche Ansprüche definiert sind, deren Umsetzung in der Regel größere administrative Anpassungen erfordert. Dies gilt insbesondere für die gesetzliche Rentenversicherung, die eigentumsähnliche Ansprüche begründet, sodass Leistungsanpassungen erst zukünftige Ansprüche betreffen können und dann in stärkerem Maße finanzwirksam werden. Der Anstieg der Staatsquote ist im Zeitablauf nicht zuletzt durch höhere Sozialleistungen getrieben. Abbildung 3 lässt einen Anstieg der Sozialleistungsquote, also der Sozialleistungen in Prozent des BIP, im Trend seit den 1970er Jahren und nach einer kurzen Reformphase zu Beginn der 2000er Jahre wieder seit der Finanzkrise erkennen. Eine Konsolidierung der Staatshaushalte wird daher nicht an einer Korrektur der Ausgaben für Soziales vorbeikommen. Dies gilt vor allem für den Bund und die Gemeinden.

12. Nur wenn der politische Wille zur Konsolidierung auf der Ausgabenseite fehlt, wird es zu Steuererhöhungen kommen, sofern die Schulden nicht

Abbildung 3: Sozialleistungen in Prozent des BIP (Sozialleistungsquote), 1960–2024



p=vorläufiger Wert, s=geschätzter Wert.

Quelle: BMAS (2025).

explodieren sollen. Der große Irrtum in der finanzpolitischen Diskussion liegt darin, dass Korrekturen auf der Ausgabenseite nicht möglich und Steuererhöhungen oder weitere Schulden daher alternativlos seien.

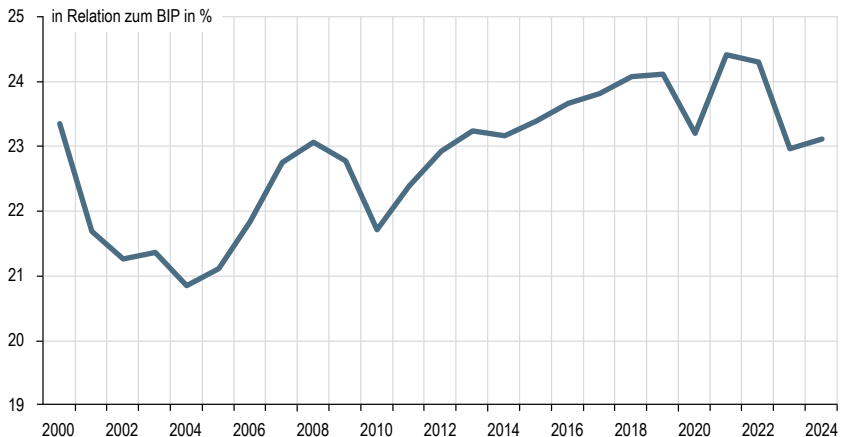
13. Die politische Linke fordert regelmäßig Steuererhöhungen – fast immer mit dem Ziel einer stärkeren Umverteilung, mindestens aber für fiskalische Zwecke, um die notwendige Konsolidierung der Staatshaushalte nicht durch eine Kürzung der Ausgaben vornehmen zu müssen. Im Namen der Gerechtigkeit und Finanzierung des Staates geht es mal um die Erhöhung der Spitzensteuersätze der Einkommensteuer, mal um die Wiederbelebung der Vermögensteuer oder wenigstens die Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe, mal um die Streichung der Verschonungsregeln bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer.

14. In der deutschen Diskussion beliebt ist die Behauptung, in früheren Jahren, etwa unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, zumindest aber in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl, seien die Spitzensteuersätze

der Einkommensteuer deutlich höher gewesen. In der Tat lag der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer zwischen 1975 und 1989 mit 56 Prozent höher als heute, danach wurde er noch in der Regierungszeit von Helmut Kohl auf 53 Prozent reduziert. Erst die Steuerreformen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder senkten den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf 42 Prozent, während die Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ihn wieder auf 45 Prozent anhob. Der Gesetzgeber verbrämte dies als Einführung einer Reichensteuer.

15. Die Schröderschen Steuerreformen, neben der Einkommensteuer vor allem die Unternehmensbesteuerung, lassen sich in Abbildung 4 nachvollziehen. Die Steuerquote, also die Steuereinnahmen in Prozent des BIP, sank zu Beginn der 2000er Jahre. Sie stieg dann im Zeitablauf wieder an, obwohl die Merckelsche Steuererhöhung ein relativ moderates Aufkommen hervorbrachte. Diese Entwicklung ist vor allem das Ergebnis eines ordentlichen Wirtschaftswachstums, das die Steuereinnahmen sprudeln ließ. Mit der Wachstumschwäche seit dem Jahr 2020 sinkt die Steuerquote wieder.

Abbildung 4: Steuereinnahmen in Prozent des BIP (Steuerquote), 2000–2024



Quelle: BMF (2025).

16. Die Konzentration auf den Spitzensteuersatz verzerrt die Realitäten der Einkommensbesteuerung. Denn für die effektive Belastung kommt es auf die Bemessungsgrundlage an. Die noch in den 1980er Jahren geltenden höheren Sätze trafen auf eine schmalere Bemessungsgrundlage. Mit den Steuersatzsenkungen im Zeitablauf gingen merkliche Verbreiterungen der Bemessungsgrundlage einher.

17. Hinzu kommt, dass das Steuerrecht in Deutschland nach dem Nominalprinzip funktioniert. Es werden weder bei der Bemessungsgrundlage noch bei den Abzügen inflationsbereinigte Werte angesetzt. Die Einkommen erhöhen sich mit dem allgemeinen Wirtschaftswachstum und der Inflation. Im Hinblick auf die rein inflationsbedingten Einkommenserhöhungen und daraus resultierende zusätzliche Steuerbelastungen spricht man von der Kalten Progression. In verschiedenen empirischen Studien zeigt sich, dass alle Reformen der Einkommensteuer seit 1950 lediglich die zuvor durch die Kalte Progression zustande gekommenen Steuererhöhungen wieder zurückgaben. Es gab nur eine Ausnahme: Die Einkommensteuerreform in der Regierung Schröder. Seit dem Jahr 2015 werden die Effekte der Kalten Progression in regelmäßigen Abständen korrigiert.

18. Dabei ist im Hinblick auf die Steigerung der Einnahmen aus der Einkommensteuer, die auf eine wachsende Wirtschaft zurückgehen, nicht einmal gesagt, dass der Staat daran überproportional teilhaben sollte. Der Staat müsste überhaupt erst begründen, dass er mit seiner Tätigkeit einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum geleistet hat, der über den rein buchhalterischen Effekt von Staatsausgaben hinausgeht.

19. In der Steuerbelastung der Einkommen ist außerdem zu berücksichtigen, dass seit der Wiedervereinigung der sogenannte Solidaritätszuschlag als Zuschlag auf die Steuerschuld erhoben wird. Im Jahr 1991 zunächst befristet für ein Jahr zur Finanzierung des deutschen Beitrags für den Zweiten Golfkrieg eingeführt, besteht dieser seit dem Jahr 1995 in Höhe von 5,5 Prozent dauerhaft fort. Seit dem Jahr 2021 zahlen nur noch die oberen 10 Prozent der Einkommen diese Ergänzungsabgabe. So landet man in der Spitze heute bei fast 50 Prozent Einkommensteuerlast.

20. Ohne durch die gesamte Geschichte der Besteuerung nach dem Zweiten Weltkrieg führen zu wollen, lässt sich feststellen, dass das dauernde Hin- und-Her in der Steuerpolitik die Belastung insgesamt kaum verändert hat.

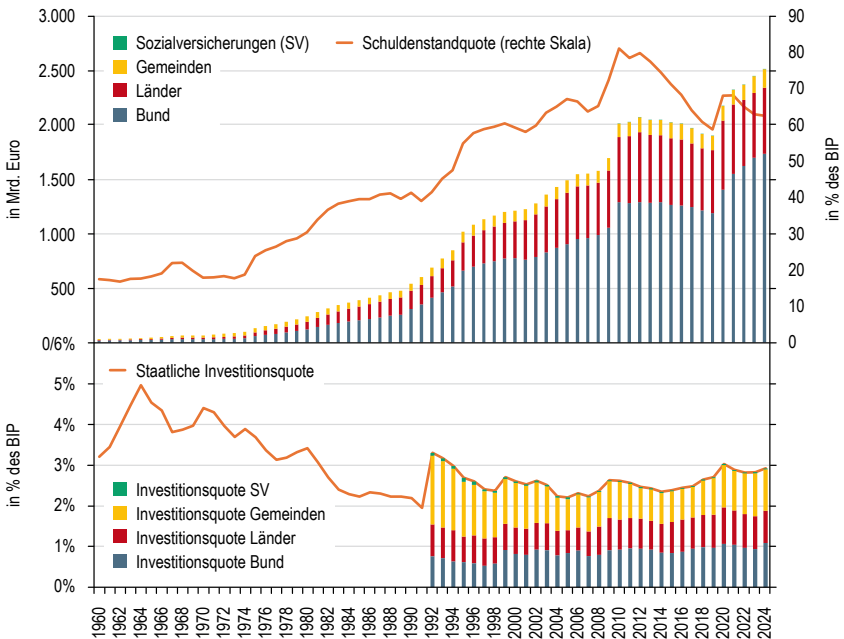
Abbildung 4 verdeutlicht, dass die Steuerquote sich im Zeitablauf zwischen 21 und 24,5 Prozent bewegt. Zu den Veränderungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer kommen Anpassungen der indirekten Steuern, nicht zuletzt der Mehrwertsteuer.

21. Wenn Deutschland wieder zu Wachstum und wirtschaftlicher Dynamik zurückkehren will, muss es zu einer wirklichen Entlastung der Privatwirtschaft kommen. Um das zu erreichen, ist es erforderlich, dass die Staatsquote wieder unter 45 Prozent sinkt, öffentliche Ausgaben also gekürzt werden. Ohne diese Ausgabenreduktion wird es nur zu einer Verschiebung zwischen Steuern heute und Schulden, also höheren Steuern morgen, oder zwischen den unterschiedlichen Steuerarten kommen.

2 Verhindern Schuldenregeln Investitionen des Staates?

22. Das Thema Staatsverschuldung ist in der deutschen wirtschaftspolitischen Diskussion ein Dauerbrenner. Mehrfach führte dies zu vorzeitigen Regierungswechseln. Schon im Jahr 1966, ein Jahr nach der Wiederwahl Ludwig Erhards zum Bundeskanzler, scheiterte eine christlich-liberale Koalition an einer Haushaltskrise. Im Jahr 1982 war die Haushaltslage ebenfalls ein wichtiger Faktor für den Bruch der sozialliberalen Koalition von Helmut Schmidt. Zuletzt führten die Haushaltsprobleme der Ampelkoalition zu ihrem vorzeitigen Ende.

Abbildung 5: Bruttoschulden und Bruttoanlageinvestitionen des Staates, 1960–2024



Quellen: Deutsche Bundesbank (2025), Statistisches Bundesamt (2025).

23. Schon im Vorfeld der Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2009 wurde intensiv darüber diskutiert, ob es eine Bereichsausnahme für öffentliche Investitionen geben sollte. Die Schuldenbremse war formal nichts anderes als eine Reform der alten Schuldenregel, wonach Bund, Länder und Gemeinden sich in Höhe ihrer Investitionen verschulden konnten. Bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts durfte diese Begrenzung überschritten werden, die Staatsverschuldung also höher ausfallen. Diese Regel hatte seit dem Jahr 1969 gegolten. Davor war im Grundgesetz nicht von öffentlichen Investitionen, sondern, wie in der Weimarer Republik, von werbenden Ausgaben die Rede. Jedenfalls existierte bis 1969 keine konjunkturelle Generalausnahme.

24. Mit der Schuldenbremse wurde die Investitionsorientierung der Verschuldungsbegrenzung für Bund und Länder aufgehoben. Sie sollten im Konjunkturverlauf strukturell nahezu ausgeglichene Haushalte vorlegen, während sich die Gemeinden weiterhin in Höhe ihrer Investitionen verschulden dürfen. Seither wird der Schuldenbremse angelastet, sie habe notwendige öffentliche Investitionen in Deutschland verhindert und damit eine marode Infrastruktur bewirkt.

25. Abbildung 5 zeigt den Verlauf der Staatsschuldenquote sowie die Aufteilung der Staatsschulden zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen im oberen Panel und die Investitionsquote im unteren Panel, beides von 1960 bis 2024 und beides in Prozent des BIP. Erkennbar ist der langfristige Trend der zurückgehenden Investitionsquote, der nur durch die Wiedervereinigung unterbrochen wurde. Der Verschuldungstrend seit Mitte der 1970er Jahre wurde durch die Einführung der Schuldenbremse unterbrochen. Jedenfalls ist hier bestenfalls eine negative Korrelation zwischen öffentlichen Investitionen und Staatsschulden erkennbar, insbesondere in einer Zeit, in der die Bereichsausnahme für Investitionen galt. Seit Einführung der Schuldenbremse lässt sich kein Rückgang der Investitionsquote mehr erkennen.

26. Dass die Schuldenbremse nicht für fehlende Investitionen in die Infrastruktur verantwortlich gemacht werden kann, zeigen systematischere Analysen (Langer et al. 2025, Ochsner und Werding 2025). Vielmehr sorgt eine Mischung unterschiedlicher Fehlsteuerungen dafür, dass Deutschland heute mit einer teilweise maroden Infrastruktur zu kämpfen hat.

27. Dies beginnt mit der Definition der öffentlichen Investitionen. Haushaltsrechtlich und in der statistischen Abgrenzung werden Erhaltungsinvestitionen in die Infrastruktur in der Regel nicht als Investition gezählt, es sei denn, sie führen zu einer substanziellen Erweiterung oder Erneuerung des Anlageguts (Christofzik et al. 2019, Feld et al. 2025). Ohne kontinuierliche Investitionen in den Erhalt der Infrastruktur verkommt diese jedoch im Zeitablauf. Die sprichwörtlich lecken Schuldächer fallen also gar nicht unter die öffentlichen Investitionen; die Dächer instand zu setzen, wäre staatlicher Konsum. So gesehen konnte die bis zum Jahr 2011 geltende Goldene Regel, wonach der Staat sich in Höhe seiner Investitionen verschulden durfte, nicht verhindern, dass die Infrastruktur in Deutschland verfallen ist.

28. Diese Einordnung ist ebenfalls ungenügend. Denn öffentliche Unternehmen, die in privatrechtlicher Form geführt werden, an denen der Staat aber wenigstens qualifizierte Minderheitsbeteiligungen besitzt, wenn sie ihm nicht sogar ganz gehören, sind in nennenswertem Umfang für die Investitionen in die Infrastruktur verantwortlich. Auf Bundesebene gilt diese für die Bahn AG und die Autobahn GmbH. Der Bund hält über die Kreditanstalt für Wiederaufbau Anteile am Netzbetreiber 50Hertz, das Land Baden-Württemberg über die EnBW an der Netze BW. Auf der kommunalen Ebene ist diese Form der Beteiligungen gang und gäbe. Hier gibt es eine Vielzahl von Fehlanreizen, etwa hinsichtlich der Governance dieser Unternehmen oder dem Druck zu Quersubventionierungen für marode Unternehmensteile.

29. Hinzu kommen die Hemmnisse, die gleichermaßen für öffentliche wie private Investitionen gelten. So sorgt die hohe Regulierungsintensität dafür, dass allein die Genehmigungen für Infrastrukturmaßnahmen viele Jahre benötigen. Bürgerinnen und Bürger nutzen ihre Klagemöglichkeiten extensiv und verzögern so die Baumaßnahmen erheblich. Schließlich dürften in den vergangenen 15 Jahren Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft weitere Verzögerungen bewirkt haben.

30. Auf der Gemeindeebene, die für den größten Anteil der öffentlichen Investitionen der drei staatlichen Ebenen verantwortlich ist, kommt noch hinzu, dass Bund und Länder ihr Aufgaben zuweisen, die teilweise nicht von ausreichenden Finanzzusagen begleitet sind. Weil die daraus resultierenden Sozialausgaben eine große Dynamik haben, fehlt vielen Städten und Gemeinden der finanzielle Spielraum für Investitionen.

31. Kurzum: Es sind nicht die (deutschen oder europäischen) Schuldenregeln, die in Deutschland für eine unzureichende Infrastruktur verantwortlich sind. Die Hemmnisse für öffentliche Investitionen sind andere und sie sind vielfältig.

3 Kann der Staat nicht pleitegehen?

32. Die Regierung muss auf eine ordentliche Haushaltsführung und dauerhaft solide Staatsfinanzen achten. Bei einer hohen Schuldenquote ist es erforderlich, den Haushalt zu konsolidieren. Sonst steigen die Staatsanleihezinsen. Das Risiko einer Staatspleite, die eintritt, wenn der Staat seine Schulden nicht mehr aus seinen Einnahmen begleichen kann, ist auf jeden Fall zu vermeiden.

33. Gegen diese stabilitätsorientierte Sicht der Finanzpolitik wird seit einiger Zeit häufiger eingewandt, der moderne Staat könne seine Rechnungen immer begleichen. Denn mit seiner Notenbank schaffe er das Geld, das dazu dient, doch schließlich selbst. Selbst wenn Staatspleiten noch in Schwellenländern wie Argentinien oder vor einiger Zeit noch Griechenland aufgetreten sind, sei das nicht relevant für eine große Industrienation wie Deutschland mit einem modernen Finanzsystem.

34. Dahinter stehen nicht nur politische Entscheidungsträger, die höhere Staatsausgaben fordern. Verwiesen wird auch auf die Wissenschaft, und zwar in Form der sogenannten Modern Monetary Theory. Doch ist diese weder eine fundierte Theorie noch in irgendeiner Weise modern.

35. Schon Goethes Faust wusste zum Wunder der Geldschöpfung zu berichten:

„So stempelten wir gleich die ganze Reihe,
Zehn, Dreyßig, Funfzig, Hundert sind parat.
Ihr denkt euch nicht wie wohl's dem Volke that.
Seht eure Stadt, sonst halb im Tod verschimmelt,
Wie alles lebt und lustgenießend wimmelt!“ (Goethe, 1832, S.65)

36. Was damals Papier war, ist heute vor allem digital. Gegen Zins versorgt der Staat die Banken mit digitalen Notenbankguthaben, die er schlicht aus dem Nichts kreiert. Das Bankensystem vervielfacht das Geld im Kreislauf von Kreditvergabe, Bankeinlagen und Reserven.

37. Aber wie fast immer in der Ökonomie, ist der Wert durch den Preis und dieser wiederum durch Angebot und Nachfrage bestimmt. So lange das

staatliche Geld einen Nutzen als Mittel zum Tausch und zur Wertaufbewahrung bietet, ist auch die Nachfrage gegeben. Der Staat erwirtschaftet einen Gewinn, denn die Herstellung des Geldes kostet vergleichsweise wenig. Dieser Gewinn ist die Seigniorage. Der Begriff kommt noch aus der Zeit, als es Münzherren – sogenannte Seigneure – gab, die das Recht hatten, Münzen zu prägen. Aber die Seigniorage ist nicht unbegrenzt. Die Kaufkraft, und damit die realen Ressourcen, die sich der Staat damit aneignen kann, ist begrenzt.

38. So hatten bereits Goethe und seine Zeitgenossen erlebt, was passiert, wenn der Staat versucht, seine Schuldenprobleme mit einer übermäßigen Steigerung des Geldangebotes zu lösen. So etwa im Fall des spektakulären Crashes, den der schottische Bankier John Law bereits im Jahr 1720 in Frankreich verursachte (vgl. Abbildung 6).



Abbildung 6: Spottblatt auf den schottischen Ökonom John Law

Quelle: Bohnenkamp-Renken (2012, S.106).

39. Die Renaissance des Glaubens an die unbegrenzten Möglichkeiten des staatlichen Geldes in unserer Zeit kam allerdings nicht überraschend. Es gibt Phasen, wie die Zeit nach der Finanz- und Euroschuldenkrise, in denen Zinsen und Inflation auf niedrigem Niveau oder sogar im negativen Bereich verharren. Damals konnten die Notenbanken ihre Geldschöpfung durch Bilanzausweitung und Wertpapierkäufe scheinbar unbegrenzt steigern. Mit ihren Käufen konnten sie die Preise von Vermögenswerten aller Art in ungeahnte Höhen treiben. Trotzdem war Inflation nirgends in Sicht. Der Grund lag darin, dass Haushalte, Unternehmen und Staaten nach der Finanz- und Schuldenkrise viele Jahre darauf verwandten, zu sparen und ihre, im Zuge der Finanz- und Eurokrise aufgelaufenen Schulden, wieder abzubauen. So blieben Geld- und Kreditwachstum ebenso wie die Inflation moderat – trotz des rasanten Aufwuchses an Notenbankgeld.

40. Mit der Corona-Krise erreichte die staatliche Geldschöpfung durch die Notenbanken schließlich ihren Höhepunkt. Großangelegte staatliche Hilfsprogramme wurden zunächst durch Anleihen finanziert, die aber dann umgehend durch die Notenbanken aufgekauft wurden. Die Europäische Zentralbank (EZB) kaufte sogar mehr Anleihen auf, als neue ausgegeben wurden. Schlussendlich wurden die wachsenden Staatsausgaben monetär finanziert, also mit der Notenpresse bezahlt.

41. Bereits ab dem Jahr 2021 stieg die Inflation, erst allmählich, dann immer schneller. Solange die Notenbanken den nominalen Zins konstant hielten, ging die reale Verzinsung – also bereinigt um den Kaufkraftverlust – zurück. Dies stützte die Nachfrage und erlaubte Unternehmen, Preiserhöhungen durchzusetzen. Der Energiepreisschock infolge von Putins Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 wirkte als Brandbeschleuniger. Mit erheblicher Verspätung, erst im Sommer 2022, folgten die Notenbankzinsen, zunächst langsam, dann entschiedener. Das Notenbankgeld wurde endlich wieder teurer und die Inflation gebremst.

42. Inzwischen ist klar geworden, nicht nur Putin, sondern auch die expansive Politik der Notenbanken und Finanzministerien hatten großen Anteil an der hohen Inflation. Ein Kaufkraftverlust von über 20 Prozent war die Folge. Wer in niedrigst verzinsten staatlichen Anleihen investiert war, hatte einen großen realen Verlust zu verkraften. Dadurch hat es auch die Notenbanken selbst erwischt. Die Staaten, die diese Anleihen ausgegeben hatten, konnten sich dagegen ein Stück weit real entschulden. Die tatsächlich modernste monetäre Theorie ist

nun die sogenannte fiskalische Theorie der Inflation, die besagt, dass expansive Fiskalpolitik und Staatsverschuldung Inflation nach sich ziehen.

43. Doch inzwischen erwarten Anleger höhere Renditen, um sich gegen Inflation und Inflationsrisiken zu wappnen. Staaten finden es zunehmend schwierig, den erneuten Aufwuchs der Zinsausgaben und Schuldenquoten zu bremsen. Investoren sind vorsichtig geworden. Und mit Liz Truss im Vereinigten Königreich musste sogar die Regierungschefin eines G7-Staates lernen, dass die Staatspleite in Form des Verlusts von Marktzugang nicht weit, sondern nur um die Ecke liegt. Eine verfehlte fiskalische Ankündigung kann reichen, um den Horror mit einem Schlag vor Augen zu haben.

44. Man muss als Beispiele für die Konsequenzen hemmungsloser Geldschöpfung nicht auf die deutsche Hyperinflation von 1923 oder diejenige Zimbabwes von 2008 verweisen. Die fiskal- und geldpolitischen Rettungsprogramme in der Corona-Krise, der dadurch bedingte Anstieg der Geldmenge und der nachfolgende, weitgehend unerwartete Inflationsschub bieten ausreichend Anschauungsmaterial für den Zusammenhang zwischen Staatsfinanzen, Geldpolitik und Inflation.

45. Ein besonderer Aspekt der Europäischen Währungsunion bleibt, dass die Mitgliedstaaten selbst keine direkte Kontrolle über ihr nationales Geld, also das Angebot an Euro, haben. Diese Verantwortung liegt bei der EZB. Sie kann mit Interventionen am Anleihemarkt die Kosten der Staatsfinanzierung direkt beeinflussen, aber die Konsequenzen für die Preisstabilität setzen ihren Möglichkeiten Grenzen. Deutschland spielt eine Ankerrolle in der Währungsunion. Als einziger großer Mitgliedstaat weist es noch eine Schuldenstandsquote auf, die zwar über der Maastricht-Grenze von 60 Prozent liegt, aber noch relativ nahe daran. Bei einem starken Aufwuchs der deutschen Staatsverschuldung ist nicht nur mit einem Anstieg der deutschen Staatsanleihezinsen zu rechnen, sondern auch mit einem Anstieg in den anderen Mitgliedstaaten. Dies hat Konsequenzen für die Stabilität überall dort in Euroland, wo sich die Staatsfinanzen bereits jetzt nahe an der Tragfähigkeitsgrenze bewegen.

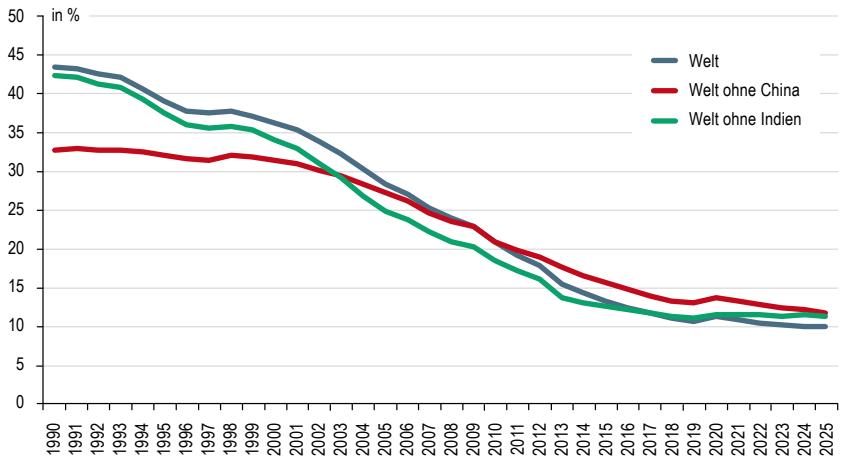
4 Werden in der Marktwirtschaft die Armen immer ärmer und die Reichen reicher?

46. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass in öffentlichen Debatten wachsende wirtschaftliche Ungleichheit und Armut beklagt wird. In diesem Kontext wird immer wieder behauptet, die armen Menschen würden immer ärmer, und die Reichen immer reicher. Das sei verursacht durch die Ausbreitung der Marktwirtschaft.

47. Betrachtet man die tatsächliche Entwicklung der wirtschaftlichen Ungleichheit, dann bietet sich ein anderes Bild. Die wichtigste Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte besteht darin, dass weltweit Armut und Einkommensungleichheit nicht etwa zugenommen haben, sondern im Gegenteil deutlich gesunken sind.

48. Das gilt vor allem für das Problem extremer Armut. Sie ist drastisch zurückgegangen. Nach Daten der Weltbank lebten im Jahr 1990 43,6 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut. Im Jahr 2025 lag dieser Anteil noch bei 9,9 Prozent. Extreme Armut ist hier so definiert, dass Menschen von weniger als drei US-Dollar pro Tag leben müssen. Dieser Rückgang der Armut ging einher mit der Verbreitung marktwirtschaftlicher Wirtschaftsweisen, dem Zurückdrängen sozialistischer und kommunistischer Wirtschaftssysteme und der Globalisierung durch internationalen Handel, Kapitalmobilität und Migration. Häufig wird darauf hingewiesen, dass diese Entwicklung stark von China beeinflusst wurde. China ist ein Land, das in besonderer Weise marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt und sich für den internationalen Handel geöffnet hat. Insofern unterstreicht der Fall China, dass der Abbau von Armut mit der Ausbreitung marktwirtschaftlicher Institutionen einherging.

49. Trotzdem ist der Trend auch im Rest der Welt beobachtbar. Wie Abbildung 7 zeigt, lag der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen 1990 ohne China bei 32,9 Prozent, im Jahr 2025 lag er nur noch bei 11,9 Prozent. Ähnlich ist die Entwicklung, wenn man die Weltbevölkerung ohne Indien betrachtet. Der Rückgang der Armut ist also nicht auf einzelne Länder zurückzuführen, sondern eine breite Entwicklung.

Abbildung 7: Rückgang extremer Armut weltweit

Quelle: Our World in Data.

50. Der Rückgang extremer Armut ist zweifellos der größte Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten. Wie verhält es sich mit der Einkommensungleichheit? Nach Daten der World Income Database ist die Ungleichheit der Einkommen vor Steuern und Abgaben gemessen am Gini-Index zwischen 1990 und dem aktuellsten verfügbaren Stand für das Jahr 2023 leicht gesunken, der Gini-Index fiel von 0,7 auf 0,67. Hinter diesem Rückgang verbergen sich sehr unterschiedliche regionale Entwicklungen. In Europa stieg der Gini-Index von 0,47 auf 0,48 – die Ungleichheit veränderte sich also kaum. In China hat die Einkommensungleichheit zwischen 1990 und 2023 zugenommen. Der Gini-Index stieg in diesem Zeitraum von 0,44 auf 0,56. Das ist angesichts der wirtschaftlichen Reformen in China nicht überraschend. Im Jahr 1990 waren fast alle Menschen in China gleichermaßen arm. Mit den marktwirtschaftlichen Reformen und der Integration in den Welthandel stieg der allgemeine Wohlstand dramatisch, allerdings nicht überall im gleichen Ausmaß. Heute gibt es in China Regionen, in denen das durchschnittliche Einkommen mit demjenigen führender Industrienationen vergleichbar ist, während andere, häufig ländliche Regionen deutlich niedrigere Einkommensniveaus aufweisen.

51. Es gibt durchaus Staaten, in denen die Einkommensungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten erheblich zugenommen hat. In den USA stieg der Gini-Index der Bruttoeinkommen zwischen 1990 und 2023 von 0,51 auf 0,59. Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten wird häufig mit der wachsenden wirtschaftlichen Ungleichheit in den USA in Verbindung gebracht. Das ist plausibel, wenngleich andere Faktoren wie Immigration und politische Polarisierung durch Social Media sicherlich ebenfalls eine Rolle spielen.

52. Die Entwicklung wirtschaftlicher Ungleichheit ist ein komplexes Phänomen, und es ist ein wichtiges Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik, eine möglichst breite Beteiligung am Wohlstand zu erreichen. Ein hohes Wohlstandsniveau ist allerdings nur im Rahmen marktwirtschaftlicher Ordnungen erreichbar. Die Ausbreitung marktwirtschaftlicher Institutionen weltweit und die Einbindung von Schwellenländern in die Weltwirtschaft hat es Milliarden von Menschen ermöglicht, sich aus extremer Armut zu befreien.

5 Sollte Deutschland sein Exportmodell aufgeben, weil andere Länder protektionistischer werden und geopolitische Spannungen wachsen?

53. Deutschlands Wirtschaft ist stärker als diejenige anderer Industrieländer vergleichbarer Größe in die Weltwirtschaft integriert. Während der Corona-Pandemie kam es im internationalen Handel allerdings zu erheblichen Friktionen, weil Grenzen geschlossen wurden und es in vielen Ländern zu Produktionsausfällen kam. Vor diesem Hintergrund kamen Forderungen auf, Deutschland solle seine Abhängigkeit von internationalen Lieferketten reduzieren und mehr auf heimische Produktion setzen. Diese Forderungen verstärkten sich nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und den wachsenden geopolitischen Spannungen nicht nur mit Russland, sondern auch mit China.

54. Seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten nimmt der Protektionismus aus den USA massiv zu. Donald Trump überzieht die EU und andere Länder nun mit Zöllen auf wichtige Exportgüter, beispielsweise Autos. Vor diesem Hintergrund wird immer wieder gefordert, Deutschland solle sich von seinem exportorientierten Geschäftsmodell lösen.

55. Diese Forderung ist aus verschiedenen Gründen irreführend. Zunächst ist unklar, was die Lösung von einem exportorientierten Geschäftsmodell eigentlich bedeuten soll. Ob einzelne Unternehmen sich entscheiden, sich stärker auf inländischen statt internationalen Märkten zu engagieren, ist das Ergebnis betriebswirtschaftlicher Überlegungen. Bislang ist nicht zu beobachten, dass exportierende Unternehmen ihr Geschäftsmodell in großer Zahl in Frage stellen, wenngleich sie natürlich auf protektionistische Maßnahmen, die sie betreffen, reagieren müssen. Die Nutzung von Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung ist und bleibt eine Stärke deutscher Unternehmen, obwohl immer wieder Anpassungen erforderlich sind, derzeit beispielsweise durch wachsende Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Automobilhersteller, die der deutschen Autobranche Sorgen macht.

56. Für die Wirtschaftspolitik geht es eher um die Frage, wie die Rahmenbedingungen des internationalen Handels gestaltet werden. Nur weil andere Länder protektionistischer werden, sollten Deutschland und die EU es ihnen

aber nicht gleichtun. Es kann durchaus sinnvoll sein, Zölle der USA mit Gegenzöllen zu beantworten, aber nur mit dem Ziel, die USA letztlich dazu zu veranlassen, die Zölle wieder abzuschaffen oder sie zumindest nicht auszuweiten. Die EU kann zudem anbieten, ihre Zölle zu reduzieren. Mittlerweile ist es zu einer Einigung zwischen der EU und den USA gekommen. Die Handelsvereinbarung ist zwar asymmetrisch zu Lasten der EU getroffen worden, was geopolitische Ungleichgewichte reflektiert. Die Vorgehensweise der EU ist jedoch klüger und mit mehr Rechtssicherheit verbunden als andere mögliche Optionen, insbesondere die Inkaufnahme eines eskalierenden Handelsstreits. Vor allem sollte die EU aber so reagieren, dass vertiefte Handelsbeziehungen mit anderen Staaten gesucht werden. Man sollte also nicht selbst protektionistischer werden, sondern eher das Gegenteil tun.

57. Erratische Zollpolitik großer Staaten kann mitunter zu Verwerfungen an den internationalen Märkten führen. So wird etwa befürchtet, dass Importzölle der USA gegenüber China zur Folge haben könnten, dass chinesische Produkte vermehrt und zu sehr niedrigen Preisen in der EU angeboten werden, sodass die dortigen Hersteller verstärkt unter Konkurrenzdruck geraten. Das gilt allerdings auch umgekehrt. Wenn die europäischen Exporte in die USA wegen protektionistischer Maßnahmen sinken, wird ein Teil des Angebots auf dem chinesischen Markt landen. Das sind jedoch vorübergehende Verwerfungen, und in beiden Wirtschaftsräumen profitieren die Nachfrager vom verbilligten Angebot. Mittelfristig werden die Hersteller ihre Kapazitäten anpassen und sich auf die neue Lage einstellen.

58. Belastungen für den internationalen Handel entstehen nicht nur durch Protektionismus, sondern auch durch wachsende geopolitische Spannungen. Im Fall geopolitischer Konflikte kann es zu Lieferunterbrechungen kommen, die hohe Kosten nach sich ziehen können. Beispiele dafür sind das Ende der direkten russischen Gaslieferungen nach Deutschland im Jahr 2022, das beinahe zu einer Gasmangellage geführt hätte, oder die jüngste Ankündigung Chinas, Exportbeschränkungen für seltene Erden einzuführen.

59. Intensiv diskutiert wird in diesem Kontext die Abhängigkeit Europas von Halbleitern, beispielsweise die in Taiwan produzierten. Im Fall eines Konflikts zwischen China und Taiwan könnte es zu Lieferausfällen kommen, welche die Produktion vieler Industriesektoren beeinträchtigen. Aus der Sicht der Wirtschaftspolitik stellt sich hier zunächst die Frage, in welchem Umfang man davon ausgehen kann, dass Unternehmen und private Haushalte

selbst Vorkehrungen gegen entsprechende Risiken treffen. Grundsätzlich sind marktliche Anpassungen eine sehr wirksame Form des Umgangs mit derartigen Risiken. Zugleich kann man nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass marktliche Risikovorsorge funktioniert.

60. Prinzipiell hätten private Akteure durchaus Anreize, Vorräte kritischer Güter anzulegen, um sie in Krisenfällen zu verkaufen und von hohen Preisen zu profitieren. Sie müssten jedoch damit rechnen, dass man ihnen dann vorwirft, „Krisengewinnler“ zu sein und unmoralisch zu handeln. Sie müssen zudem damit rechnen, dass Preiskontrollen eingeführt werden. Dadurch wird die Funktionsfähigkeit von Märkten im Bereich der Risikovorsorge gestört. Private wie ergänzende staatlich veranlasste Risikovorsorge sollte sich allerdings nicht darauf beschränken, Abhängigkeiten von internationalen Lieferketten zu reduzieren, indem Vorräte angelegt werden oder zu Hause produziert wird. Oft wird die bessere Lösung in einer Diversifizierung von Lieferketten liegen. Das bedeutet dann allerdings nicht weniger, sondern mehr Globalisierung als Reaktion auf geopolitische Spannungen.

61. In der Debatte um die deutsche Exportorientierung wird gelegentlich argumentiert, es sei dringend notwendig, die heimische Nachfrage zu stärken, um die hohen Handelsüberschüsse abzubauen, die in anderen Ländern für Kritik sorgen. Dabei werden zwei wichtige Aspekte übersehen. Erstens ist Exportorientierung etwas anderes als das Erzielen von Handelsüberschüssen. Man kann sehr viel exportieren und gleichzeitig ein Leistungsbilanzdefizit aufweisen, weil man noch mehr importiert. Zweitens entsteht ein Leistungsbilanzüberschuss, wenn ein Land Nettokapitalexporteur ist. Um den Leistungsbilanzüberschuss zu senken, müsste Deutschland beispielsweise interessanter sein als Standort für private Investitionen. Dann würden mehr Investoren sich dafür entscheiden, in Deutschland statt im Ausland zu investieren, und der Überschuss würde automatisch fallen. Das würde auch passieren, wenn die privaten Haushalte weniger sparen und mehr konsumieren, oder wenn der Staat sich höher verschuldet. All das hat jedoch wenig mit der Frage zu tun, wie exportstark die deutschen Unternehmen sind.

62. Insgesamt besteht kein Zweifel daran, dass das exportorientierte Wirtschaftsmodell Deutschlands derzeit unter erheblichem Druck steht. Das ist aber kein Grund, seitens der Wirtschaftspolitik dieses Wirtschaftsmodell aktiv aufzugeben in dem Sinne, dass man sich beispielsweise nicht mehr um neue Handelsabkommen bemüht. Die Wirtschaftspolitik sollte sich weiter aktiv um

offene Märkte innerhalb der EU bemühen und die EU-Institutionen darin unterstützen, neue Handelsabkommen abzuschließen. Das aufzugeben wäre so etwas wie Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

6 Wenn andere Länder industriepolitische Subventionen einführen, müssen wir dann noch eins drauflegen?

63. Die aktuellen geopolitischen Spannungen bringen nicht nur für die Verteidigungspolitik, sondern auch für die Wirtschaftspolitik neue Herausforderungen. Das gilt insbesondere für die Frage, ob weltweite Lieferketten, die in den letzten Jahrzehnten die Effizienz vor allem der Industrieproduktion gesteigert haben, zu einem Risikofaktor werden. In geopolitischen Krisen kann die Abhängigkeit von Importen wie etwa Halbleitern, Rohstoffen wie seltenen Erden oder digitalen Dienstleistungen hohe Kosten haben und Länder politisch erpressbar machen. Das hat dazu geführt, dass viele Regierungen versuchen, mit Subventionen die Resilienz ihrer Volkswirtschaften zu erhöhen. Die EU will mit dem „Chips Act“ die Abhängigkeit von Halbleiterimporten reduzieren, und die Bundesregierung möchte mit ihrer „Hightech-Agenda“ nicht nur mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Wertschöpfung erreichen, sondern auch mehr „Souveränität“.

64. Aktive Industriepolitik gewinnt nicht erst im Rahmen der aktuellen geopolitischen Spannungen in vielen Ländern an Popularität. Der Trend zu aktiverer Industriepolitik hält bereits länger an. Das gilt auch für Deutschland. Die letzte Bundesregierung hat versucht, mit hohen Subventionen die Ansiedlung von Halbleiter- und Batteriefabriken zu fördern. Viele der Projekte sind allerdings trotz hoher Subventionen bereits in einem frühen Stadium gescheitert. Gegenwärtig versucht die Bundesregierung im Rahmen ihrer Hightech-Agenda, Innovationen und Unternehmensgründungen in Hochtechnologiebereichen zu fördern. Sie ist der Auffassung, erkannt zu haben, dass die folgenden sechs Technologiebereiche besonders zukunftssträftig sind: Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Mikroelektronik, Biotechnologie, Kernfusion und klimaneutrale Energieerzeugung sowie Technologien für die klimaneutrale Mobilität. Das erscheint auf den ersten Blick plausibel, verengt aber unternehmerische Innovationsmöglichkeiten und vernachlässigt, dass es kaum möglich ist, politisch vorzugeben oder zu antizipieren, wo zukünftige Wettbewerbsvorteile der deutschen Volkswirtschaft liegen werden.

65. China fördert seit langer Zeit die Entwicklung eigener Industrien mit umfangreichen, teils wenig transparenten Subventionen. In den USA hatte die Biden-Administration mit dem Inflation Reduction Act (IRA) umfangreiche

Subventionen auf den Weg gebracht, um Industrien zu fördern, die im weitesten Sinne mit Klimaschutz zu tun haben. Gefördert werden sollten Wind-, Sonnen- und Kernenergie, aber auch vielfältige Produkte wie etwa Wärmepumpen oder Elektrofahrzeuge. Das ging einher mit protektionistischen Vorkehrungen, die vor allem, aber nicht nur gegen Länder wie China, Russland und Nordkorea gerichtet waren.²

66. Zur Begründung dieser Eingriffe werden, wie eingangs erwähnt, Anliegen der nationalen Sicherheit und wirtschaftlichen Souveränität, der Technologieförderung, aber auch der Klimapolitik angeführt. Die Ziele der nationalen Sicherheit, der Teilhabe an technologischen Entwicklungen und des Umwelt- und Klimaschutzes werden weithin geteilt. Umstritten ist allerdings, ob die industriepolitischen Eingriffe diesen Zielen wirklich dienen. Überzeugend sind die Argumente zur Rechtfertigung der Eingriffe häufig nicht. Klimaschutz lässt sich am besten durch die Einführung eines CO₂-Preises erreichen. China oder andere Staaten, mit denen geopolitische Konflikte drohen, aus Wertschöpfungsketten zu verdrängen, bei denen es um die Produktion militärischer Ausrüstung oder anderer für die Sicherheit relevanter Produkte geht, kann man rechtfertigen. Wärmepumpen und Solarzellen gehören aber sicherlich nicht zu den kritischen Produkten, bei denen ein Liefer- oder Produktionsausfall im Krisenfall zu großen Problemen führt. Staatliche Technologieförderung lässt sich schon eher begründen, etwa wenn private Unternehmen in Forschung und Entwicklung investieren und davon nicht nur die Unternehmen selbst profitieren, sondern auch andere, beispielsweise durch die Verbreitung von Forschungsergebnissen außerhalb des Rahmens von Markttransaktionen.

67. Industriepolitische Subventionen mit protektionistischen Elementen stehen mit internationalen Handelsvereinbarungen, insbesondere den WTO-Regeln, in Konflikt. Das EU-Beihilfenrecht schränkt die Mitgliedstaaten bei der Vergabe von Subventionen stark ein. Allerdings hat die EU in den vergangenen Jahren gleichzeitig in erheblichem Umfang Raum für industriepolitisch motivierte Subventionen geschaffen, beispielsweise durch den bereits erwähnten Chips Act.

² US-Präsident Donald Trump hat versucht, Teile der Subventionen zurückzunehmen oder deren Auszahlung zu verhindern. Nach Presseberichten hat die Biden-Administration allerdings dafür gesorgt, dass bei den meisten bewilligten Subventionen eine Rücknahme rechtlich nicht mehr möglich ist, vgl. <https://www.theguardian.com/us-news/2025/jan/14/biden-trump-climate-change-funds>.

68. Gerade eine stark am internationalen Handel ausgerichtete Volkswirtschaft wie Deutschland hat ein Interesse daran, den regelgebundenen Handel und einen nicht durch Subventionen verzerrten Wettbewerb zu verteidigen. Dennoch mehren sich in Europa die Rufe nach einer Ausdehnung industriepolitischer Subventionsprogramme. Das wird mit Metaphern untermauert, die zwar eingängig sind, aber in die Irre führen. Beispielsweise forderte der ehemalige Wirtschafts- und Außenminister Sigmar Gabriel in einem Interview mit dem Spiegel aktivere Industriepolitik und sagte dazu: „In einer Welt von Fleischfressern haben Vegetarier es sehr schwer“. Dieses Bild ist insofern schief, als man aus ökonomischer Sicht erkennen müsste, dass Vegetarier es in einer Welt mit Fleischfressern, zumindest was die Nahrungssuche angeht, leichter haben als in einer Welt, in der sie mit anderen Vegetariern um Nahrung konkurrieren müssen.

69. Anders gewendet: Wenn andere Staaten sich entscheiden, Subventionen für ausgewählte Industrien einzuführen, bedeutet das nicht, dass Deutschland oder die EU das ebenfalls tun sollten. Damit soll nicht gesagt sein, dass man wirtschaftspolitische Initiativen, die den Wettbewerb um Industrieansiedlungen oder technologische Fähigkeiten steigern, ignorieren sollte. Es ist aber wichtig, bei der Reaktion auf derartige Entwicklungen die eigenen Voraussetzungen und Interessen zu berücksichtigen. Was das amerikanische IRA-Programm angeht, ist zu bedenken, dass in der EU bereits umfangreiche Subventionsprogramme zur Förderung grüner Sektoren bestehen. Dazu gehört der während der Corona-Pandemie eingeführte schuldenfinanzierte Fonds Next Generation EU (NGEU). Um im Standortwettbewerb zu bestehen, sollte Europa mit Priorität allgemeine Standortnachteile abbauen. Dazu gehören vor allem unnötige Regulierungs- und Bürokratielasten sowie sehr hohe Steuern und Abgaben. Ein weiterer Ausbau sektor- und unternehmensspezifischer Subventionsprogramme bei gleichzeitig unattraktiven allgemeinen Rahmenbedingungen für Investitionen wäre der falsche Weg.

7 Führt Dekarbonisierung zu einem Wirtschaftsboom?

70. In Teilen der Politik ist der Wunsch groß, die Bürger dafür zu gewinnen, dass Deutschland seine CO₂-Emissionen senkt, um zum Klimaschutz beizutragen. Dabei wird immer wieder behauptet, die Dekarbonisierung sei keine Belastung, ganz im Gegenteil verspreche sie große wirtschaftliche Vorteile. Auf extreme Weise vertrat der frühere Bundeskanzler Olaf Scholz diese These: Er sagte noch im März 2023, die Dekarbonisierung führe zu sehr hohen Investitionen, die einen Wirtschaftsboom auslösen würden, der Wachstumsraten des BIP wie in den fünfziger und sechziger Jahren bringen würde.³ In jener Zeit expandierte die deutsche Wirtschaft mit Wachstumsraten zwischen fünf und zehn Prozent. Schon allein diese Zahlenangaben legen den Schluss nahe, dass Olaf Scholz sich hier von der Realität gelöst hatte.

71. Selbst geringere Steigerungen des Wirtschaftswachstums sind durch Dekarbonisierung nicht zu erwarten. Das liegt daran, dass hinter der These des Wirtschaftsbooms durch Dekarbonisierung ein grundlegender Irrtum steckt. In den fünfziger und sechziger Jahren expandierte die deutsche Wirtschaft sehr stark, weil hohe Investitionen, gestützt durch die Zuwanderung Vertriebener aus den früheren Ostgebieten, die Produktionskapazitäten erweiterten. Im Zuge der Dekarbonisierung steht nicht die Erweiterung von Produktionskapazitäten im Vordergrund, sondern das Ersetzen vorhandener Kapazitäten. Beispielsweise werden Kohlekraftwerke stillgelegt und durch Windräder und Batteriespeicher ersetzt. Dafür entsteht hoher Aufwand, aber keine zusätzliche Produktionskapazität und folglich auch kein Wirtschaftswachstum. Dieser Zusammenhang gilt ähnlich für private Investitionen. Ein Eigenheimbesitzer, der neben sein Haus ein zweites setzt, hat fortan zwei Häuser. Reißt er dagegen sein Haus ab und baut es wieder auf, hat er weiterhin nur eins. Das Geld ist aber trotzdem weg.

72. Wenn die Dekarbonisierungsinvestitionen die Gesamtinvestitionen steigern, entsteht in den Jahren, in denen der zusätzliche Aufwand anfällt, mechanisch ein höheres BIP. Wahrscheinlicher ist allerdings, dass die Dekarbo-

3 Vgl. <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/neues-wirtschaftswunder-das-sagen-oekonomen-zur-vision-des-kanzlers/29030392.html>.

nisierungsinvestitionen zumindest teilweise andere Investitionen verdrängen, sodass selbst dieser Effekt schwach ist.

73. Die aktuelle Entwicklung der Unternehmensinvestitionen in Deutschland bestätigt diese Skepsis. Sie liegen insgesamt nicht etwa höher als in vorangehenden Jahren, sondern etwa sieben Prozent unter dem Niveau des Jahres 2019. Es mag sein, dass die Investitionen ohne Dekarbonisierung noch niedriger lägen, aber von einem Investitionsboom, wie Olaf Scholz ihn angekündigt hatte, ist nichts zu sehen.

74. Eine Variante der These wirtschaftlicher Vorteile durch Dekarbonisierung behauptet, die deutsche Wirtschaft würde dadurch Marktführer in Klimaschutztechnologien und könnte grüne Produkte in aller Welt verkaufen. Das mag in Einzelfällen durchaus funktionieren, allerdings muss man sagen, dass deutsche Unternehmen bei den wichtigsten Produkten der Dekarbonisierung – dazu gehören Solarmodule, Batterien und Elektroautos – kaum Erfolge vorzuweisen haben. Das sind Produkte, bei denen die Wettbewerbsvorteile eher in Schwellenländern wie China liegen.

75. Gerade China wird oft vorgeworfen, die Produktion beispielsweise von Solarmodulen zu subventionieren, während man dazu in Deutschland nicht bereit sei. Das mag sein, bedeutet aber nicht, dass Deutschland ebenfalls diese Produktion subventionieren sollte. Wohlstand entsteht durch Unternehmen, die nicht subventioniert werden, sondern Steuern und gute Löhne zahlen.

76. Die These, es seien wirtschaftliche Vorteile zu erwarten, wenn Deutschland oder Europa bei der Dekarbonisierung vorangehen, ist schlicht irreführend. Klimaschutz ist ein sehr wichtiges globales Anliegen, aber ökonomisch bedeutet der Verzicht auf die Nutzung fossiler Ressourcen zunächst eine Belastung. Es gibt durchaus Vorteile jenseits des Klimaschutzeffekts, beispielsweise dann, wenn die Verbrennung fossiler Brennstoffe zu Gesundheitsbelastungen führt. Für die Akzeptanz und die sinnvolle Gestaltung von Klimapolitik ist es grundlegend, Kosten und Nutzen transparent und sachlich angemessen zu diskutieren.

8 Schicken Wind und Sonne keine Rechnung?

77. Dass Wind und Sonne keine Rechnung schicken⁴, ist ein beliebtes Argument, wenn es darum geht, die vermeintliche wirtschaftliche Überlegenheit von Solarenergie und Windkraft zu illustrieren. Nun möchte man womöglich entgegen, dass der Berg (Kohle) und die Wüste (Öl) ja auch keine Rechnungen versenden, aber das wäre wohl zu simpel, denn es ist ja richtig: bei Photovoltaik und Windenergie fallen, anders als bei Gas-, Kohle- und Kernenergie, zunächst keine Förderkosten für Brennstoffe an, und Deutschland ist hier nicht auf Importe angewiesen, jedenfalls nicht auf den ersten Blick. Das allein heißt aber nicht, dass Solarenergie und Windkraft keine Kosten verursachen. Denn natürlich müssen Windkraftträder und Solaranlagen gebaut und bezahlt werden. Hinzu kommen für die Zeiten, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht bläst, den sogenannten Dunkelflauten, entweder Reservekraftwerke oder aber – perspektivisch – Stromspeicher.

78. Keines von beiden ist kostenlos. Vor etwa zehn Jahren haben Haucap et al. (2016) die Kosten der Energiewende bis zum Jahr 2025 auf gut 500 Milliarden Euro geschätzt. Was damals unter Solar- und Windkraftlobbyisten für einen Aufschrei sorgte, erscheint in der Retrospektive viel zu niedrig. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) rechnet in seinem Fortschrittsmonitor 2024 mit einem Investitionsbedarf von über 721 Milliarden Euro bis 2030 und 1,2 Billionen Euro bis 2035 in Deutschland.⁵ Andere Studien gehen sogar davon aus, dass die Energiesystemkosten durch die Energiewende in den nächsten Jahren stark zunehmen werden. Dazu zählen neben Investitionen in die inländische Energieerzeugung und Infrastrukturen die laufenden Kosten zum Beispiel für den Betrieb von Netzen und Kraftwerken sowie Ausgaben für Energieimporte. Insgesamt schätzen die Experten diese Kosten auf 4,8 bis 5,4 Billionen Euro für den Zeitraum 2025 bis 2049.⁶ Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages berichtet sogar von noch höheren Kostenschätzungen und fasst zusammen, dass, je nach Betrachtungszeitraum, die Kosten der Energiewende auf Beträge zwischen 500

4 Das Bonmot geht auf den Journalisten Franz Alt (1994) zurück.

5 Vgl. <https://www.bdew.de/service/publikationen/kapital-fuer-die-energiewende-die-ewf-option/>.

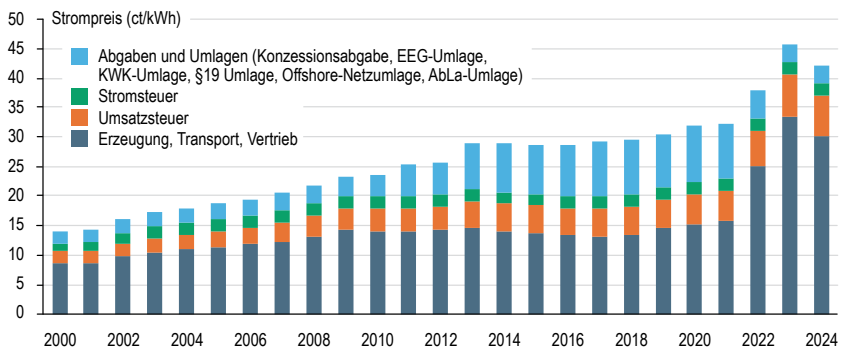
6 Vgl. Frontier Economics (2025).

Milliarden Euro pro Jahr oder 13,3 Billionen Euro insgesamt bis zum Jahr 2045 beziffert werden.⁷

79. Dass Wind und Sonne keine Rechnung schicken, ist somit letztlich genauso richtig wie eine mögliche Aussage, dass Berg und Wüste keine Rechnungen versenden. Über die Kosten des Energiesystems und die relativen Kosten verschiedener Möglichkeiten der Stromerzeugung und -versorgung sagt das rein gar nichts. Überraschend ist in diesem Kontext, dass Lobbyisten der Solar- und Windenergiebranche regelmäßig die wirtschaftliche Überlegenheit dieser Technologien zur Stromerzeugung betonen, gleichwohl aber auf Subventionen beharren. Die deutsche Energiewende ist und bleibt eine teure Veranstaltung. Der Nutzen hingegen ist – angesichts der Tatsache, dass Klimawandel ein globales Problem ist und andere Staaten wie etwa China und die USA eine völlig andere Politik verfolgen – bestenfalls unklar.

80. Die Kosten der Energiewende zeigen sich letztlich auch in den gestiegenen Strompreisen, welche in Abbildung 8 für Privatkunden abgebildet sind. Hinzu kommen inzwischen Kosten, die vom Staat direkt getragen werden, wie etwa die ehemalige EEG-Umlage oder die Befreiung energieintensiver Unternehmen von großen Teilen der Netzentgelte.

Abbildung 8: Strompreisentwicklung privater Haushalte, 2000–2024



Quelle: <https://www.stromvermittlung.de/strompreisentwicklung-deutschland>.

⁷ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2024), S. 2.

9 Verteuern CO₂-Preise die Dekarbonisierung?

81. Im Rahmen der Klimaschutzpolitik kommt dem Instrument des CO₂-Preises eine wichtige Rolle zu. Ökonomen sehen darin das beste Instrument für Klimaschutz, weil es dafür sorgt, die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Dekarbonisierung möglichst niedrig zu halten. Anders als bei Verboten und Regulierungen muss der Gesetzgeber beim CO₂-Preis nicht vorgeben, in welchen Sektoren oder unter Einsatz welcher Technologien CO₂-Emissionen gesenkt werden. Wenn der CO₂-Preis im Rahmen eines Zertifikatehandels erhoben wird, sorgt marktliche Anpassung dafür, dass dort CO₂-Emissionen zuerst reduziert werden, wo die Kosten am geringsten sind.

82. Kritiker von CO₂-Preisen behaupten allerdings gerne, der CO₂-Preis sei nachteilig, weil er im Vergleich zu Regulierungen Klimaschutz verteuere. Der Denkfehler, der dabei gemacht wird, liegt darin, nicht zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Kosten zu differenzieren. Das verdeutlicht folgendes Beispiel:

83. Man betrachte beispielhaft eine Regulierung, nach der Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor ab sofort nur noch maximal sechs Liter Benzin pro 100 km verbrauchen dürfen. Für Autos mit höherem Verbrauch bestehen die Kosten dieser Regulierung darin, dass die Autofahrer auf Fahrzeuge mit niedrigerem Benzinverbrauch umsteigen müssen. Man vergleiche das mit einem CO₂-Preis, der den Benzinverbrauch um den gleichen Betrag reduziert. Wenn der CO₂-Preis ebenfalls dazu führt, dass die Autofahrer umsteigen, haben sie die Kosten des Wechsels zu tragen. Hinzu kommen aber nun die durch den CO₂-Preis erhöhten Benzinkosten. Die Gesamtkosten des Autofahrens steigen also im Fall des CO₂-Preises in der Tat stärker als im Fall der Regulierung. Gesamtwirtschaftlich ist allerdings zu berücksichtigen, dass die durch den CO₂-Preis verursachten Mehrausgaben für Benzin in die Staatskasse fließen. Gesamtwirtschaftlich handelt es sich also nicht um Kosten. Diese Mittel können beispielsweise eingesetzt werden, um andere, verzerrende Steuern, wie die Einkommensteuer oder die Umsatzsteuer, zu senken.⁸ Selbst dann, wenn man wie in dem hier angeführten Beispiel von den Effizienzvorteilen des In-

⁸ Oft wird die Einführung eines „Klimagelds“ gefordert. Dabei werden die Einnahmen aus dem CO₂-Preis durch die Zahlung eines für alle Bürger einheitlichen Betrags zurückerstattet.

struments CO₂-Preis abstrahiert, ist Klimaschutz mit dem CO₂-Preis gesamtwirtschaftlich nicht teurer als Klimaschutz mit Regulierungen. Letztlich ist Klimaschutz mit dem CO₂-Preis wegen der damit verbundenen Effizienzvorteile sogar deutlich billiger. Hinzu kommt, dass CO₂-Preise internationale Kooperation in der Klimapolitik erleichtern. Da die Klimaerwärmung ein globales Problem ist, kann sie ohne weltweite Anstrengungen für Klimaschutz nicht eingedämmt werden.

Abbildung 9: Preisentwicklung für Emissionsberechtigungen (EUA), 2008-2025



Quelle: ICE, LSEG Workspace, Darstellung Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt), Stand: 30.06.2025.

84. Richtig ist sicherlich, dass CO₂-Preise die Sichtbarkeit und Transparenz der Klimapolitik erhöhen. Das kann durchaus zu mehr politischem Widerstand gegen ehrgeizige Dekarbonisierungsziele führen. Transparenz und Sichtbarkeit gehören aber zu demokratischen Entscheidungen. Sie sind kein Nachteil, sondern ein weiterer Vorteil des Instruments CO₂-Preis.

85. Bei allen Vorteilen löst der CO₂-Preis nicht das Problem, dass es erforderlich sein kann, für die Belastungen durch Dekarbonisierung, etwa in Form

steigender Benzin- und Heizölpreise, einen sozialen Ausgleich zu gewähren. Die Kosten des sozialen Ausgleichs sind bei Regulierungen wie dem Verbrennerverbot oder dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) jedoch wegen der damit verbundenen Ineffizienzen höher. Insofern spricht auch der soziale Ausgleich dafür, das Instrument der CO₂-Preise in den Mittelpunkt der Dekarbonisierungsbemühungen zu stellen.

10 Geht Wettbewerb zu Lasten der Schwächsten?

86. „Wir wollen Wettbewerb, aber keine Konkurrenz“, lautet ein Bonmot, das unterschiedlichen Urhebern zugeschrieben wird. So absurd die Aussage offensichtlich ist, zeigt sie doch eines: Das Verhältnis vieler Bürgerinnen und Bürger zum Wettbewerb ist zwiespältig. Zum einen wird mit Wettbewerb die Möglichkeit verbunden, aus verschiedenen Angeboten auswählen zu können und nicht von einem Anbieter abhängig zu sein. Wettbewerb eröffnet Optionen, er macht damit unabhängig. Zum anderen wird Wettbewerb jedoch als etwas Kaltes und Hartes empfunden. Schlimmer noch als Konkurrenz ist die sogenannte „Schmutzkonkurrenz“ – ein Begriff, der wohl auf Gustav Schmoller zurückgeht, um Kartelle zu rechtfertigen.⁹

87. Bei manchen hat sich die naive Idee verfestigt, im Wettbewerb könnten nur die Unternehmen bestehen, welche die geringsten Preise anbieten, so dass Wettbewerb sich allein über Kostensenkungen vollziehe, indem Arbeiter und Arbeiterinnen möglichst effektiv ausgebeutet würden. Diese Idee ist aus mindestens zwei Gründen naiv:

88. Erstens ist es zwar richtig, dass Wettbewerb die Anbieter antreibt, darüber nachzudenken, wie durch attraktive Angebote weitere Kunden gewonnen oder bestehende Kunden behalten werden können. Dies kann aber nicht nur durch günstige Preise geschehen, sondern auch durch innovative Produkte, durch einen guten Service, lange Öffnungszeiten, attraktive Standorte oder durch andere Dinge, die Kunden schätzen. Die Anzahl der potenziellen Wettbewerbsparameter ist groß. Die manchmal geäußerte Auffassung, Wettbewerb resultiere stets in einem „Unterbietungswettbewerb“, ist falsch – es kommt nicht nur auf den Preis, sondern auf das Preis-Leistungs-Verhältnis an und darauf, was (potenziellen) Kunden wichtig ist. Dies kann ein günstiger Preis sein, aber ebenso eine hohe Qualität, ein guter Service, ein innovatives Produkt und weitere Merkmale von Angeboten.

9 Siehe Schmoller (1900/1978, S. 611): „Man wird auch nicht leugnen können, dass so mannigfach eine kartellartige wohlthätige Konkurrenzregulierung entstand, ein Überangebot verhindert, die Schmutzkonkurrenz der Verleger und Hausindustriellen erschwert wurde.“

89. Zweitens stehen Unternehmen nicht nur auf dem Produktmarkt im Wettbewerb, sondern auch auf Arbeitsmärkten. Hochmotivierte, leistungsbereite Arbeitskräfte können am ehesten durch attraktive Arbeitsbedingungen gewonnen und gehalten werden. Der Wettbewerb schafft somit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in einer Branche Wahlmöglichkeiten. In der Tat zeigt jüngere empirische Evidenz, dass eine Konzentration der Anbieter auf Produktmärkten auch zu schlechteren Arbeitsbedingungen, wie etwa niedrigeren Löhnen, auf den betroffenen Arbeitsmärkten führen kann.¹⁰ Wettbewerb hingegen schafft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wahlmöglichkeiten.

90. Festzuhalten ist schließlich, dass ein Wettbewerb, der für niedrige Preise sorgt, natürlich gerade den Einkommensschwächsten in besonderem Maße hilft. Von der Existenz der Discounter im Lebensmittelhandel etwa profitieren besonders weniger einkommensstarke Haushalte.

91. Kurzum: Das Gegenteil der oben genannten These ist richtig – Wettbewerb geht gerade nicht zu Lasten der Schwächsten. Wettbewerb ist die beste Sozialpolitik, er nützt einkommensschwachen Bevölkerungsteilen ganz besonders.

¹⁰ Siehe Prager und Schmitt (2021).

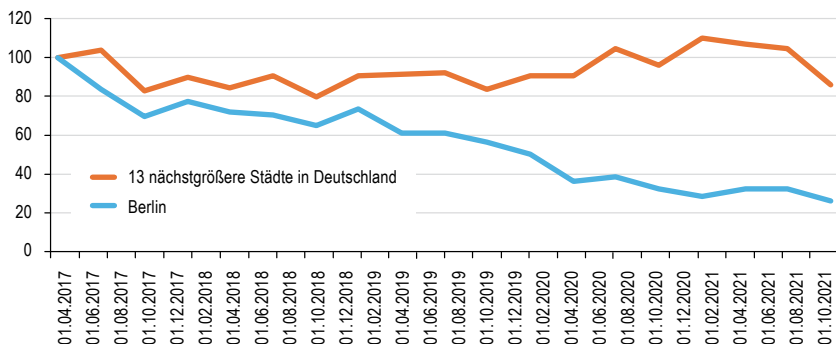
11 Kann man Wohnungsknappheit und steigende Mieten mit Mietregulierungen bekämpfen?

92. Im Bundestagswahlkampf haben Politikerinnen und Politiker einiger Parteien besonders intensiv darauf hingewiesen, dass sie auf die herrschende Wohnungsknappheit und steigende Mieten mit Mietregulierungen reagieren wollen, die als „Mietpreisbremsen“ oder „Mietendeckel“ bezeichnet werden.

93. Bei derartigen Forderungen wird übersehen, dass steigende Mieten nicht Ursache, sondern Symptom der Knappheit von Mietwohnungen sind. Wenn man auf dieses Symptom mit der Vorgabe von Höchstmieten reagiert, verschärft man die Knappheit.

94. Dass Mietregulierungen die Wohnungsknappheit verschärfen, ist durch eine Vielzahl empirischer Studien belegt. Beispielsweise kommen Dolls et al. (2021) und ähnlich Arlia et al. (2022) zu dem Ergebnis, dass der Berliner Mietendeckel nach seinem Inkrafttreten das Angebot von Mietwohnungen um rund die Hälfte reduziert hat (Abbildung 10). Eine große Anzahl empirischer

Abbildung 10: Entwicklung der Mietannoncen für Wohnungen im regulierten Segment (Index, 2017Q2=100)



Quelle: Arlia et al. (2022).

Studien für andere Wohnungsmärkte bestätigt, dass Mietendeckel die Wohnungsknappheit verschärfen.¹¹

95. Dass Mietenregulierungen trotz ihrer negativen Folgen für Wohnungssuchende populär sind, liegt daran, dass sie Umverteilungswirkungen zu Gunsten derjenigen haben, die bereits eine Mietwohnung haben. Hier bietet sich politischen Parteien, die auf Mieter als Wähler setzen und denen die Interessen von Vermietern weniger wichtig sind, die Möglichkeit, zu Gunsten der von ihnen favorisierten Gruppe umzuverteilen und das sogar noch unter dem Banner der sozialen Gerechtigkeit. Tatsächlich haben diese Eingriffe nicht nur hohe Kosten für Vermieter, sondern für alle, die eine Wohnung suchen, wegen des verringerten Angebots aber keine finden. Es kommt durch die Mietregulierung dazu, dass die Konkurrenz um die verbleibenden Mietwohnungen stark zunimmt. Dabei geraten sozial schwächere Gruppen unter die Räder. Insofern sind die Wirkungen von Mietendeckeln weit weniger „sozial“, als ihre Befürworter gerne behaupten.

¹¹ Siehe etwa Diamond et al. (2019) oder Sims (2007, 2011).

12 Haben wir die Grenzen des Wirtschaftswachstums erreicht?

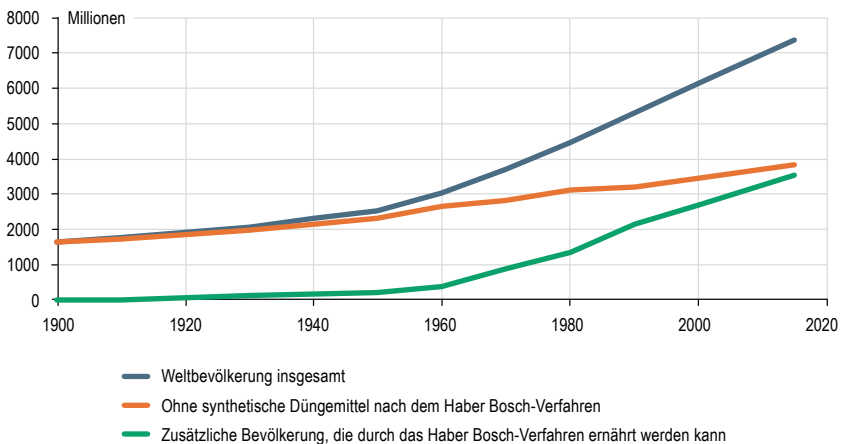
96. Das Wirtschaftswachstum zu steigern, gehört traditionell zu den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik. Kritiker halten dem entgegen, die Fokussierung auf Wachstum sei mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar. Anhaltendes Wirtschaftswachstum führe zu einer Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen und zu Umweltzerstörung. Vor allem Naturwissenschaftler verwenden in dieser Debatte gerne das Argument, der Planet Erde habe physische Grenzen, und daraus folge unweigerlich, dass auch das Wachstum begrenzt sei. Ein berühmtes Beispiel für diese Argumentation ist der Bericht des „Club of Rome“ über die Grenzen des Wachstums aus dem Jahr 1972. Auf den ersten Blick erscheint diese Argumentation plausibel. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, dass es sich um einen Fehlschluss handelt.

97. Die Autoren des Club of Rome-Berichts sind nicht die ersten, die diesem Fehlschluss aufsitzen. Thomas Malthus vertrat in seinem im Jahr 1798 publizierten Essay über die Bevölkerungsentwicklung eine ähnliche Idee. Da er meinte, die Nahrungsmittelproduktion sei begrenzt, war er der Auffassung, ein steigender Lebensstandard für die breite Bevölkerung sei nicht dauerhaft erreichbar. Höherer Lebensstandard führe nur zu mehr Bevölkerungswachstum, das wiederum verursache Lebensmittelknappheit, die weite Teile der Bevölkerung in so große Not stürze, dass die Bevölkerung wieder schrumpft. Als Ausweg schlug er vor, die Geburten zu kontrollieren. Heute wissen wir, dass die Analyse von Malthus falsch ist. Sie vernachlässigt, dass durch Innovationen in der Landwirtschaft die Lebensmittelproduktion massiv gesteigert werden konnte, ohne dass mehr Land zur Verfügung stand.

98. Moderne Vertreter der Idee, das Wachstum sei wegen physischer Restriktionen begrenzt, begehen den gleichen Fehler. Sie vernachlässigen, dass Wirtschaftswachstum vor allem durch Innovationen getrieben ist. Menschliche Kreativität ist nicht durch physische Ressourcen begrenzt. Daher folgt aus der Existenz „planetarer Grenzen“ nicht, dass das Wachstum der Wirtschaftsleistung begrenzt ist. Mit Innovationen, die den Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung der Produktion hinreichend senken, können Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeitsanforderungen miteinander vereinbar sein.

99. Ein Beispiel für Innovationen, die es ermöglichen, vermeintlich unveränderbare physische Grenzen des Wachstums zu überwinden, bietet die Erfindung des Haber-Bosch-Verfahrens zur Produktion synthetischer Düngemittel zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dadurch wurde die Nahrungsmittelproduktion trotz begrenzter landwirtschaftlicher Flächen massiv ausgeweitet. Ohne Innovationen wäre dieses Bevölkerungswachstum nicht möglich gewesen. Der Anteil der Bevölkerung, die dank dieser Innovation zusätzlich ernährt werden kann, wird durch Abbildung 11 illustriert.

Abbildung 11: Entwicklung der Weltbevölkerung: Bedeutung synthetischer Düngemittel für die Ernährung



Quelle: Our World in Data.

100. All dies bedeutet nicht, dass man die Beanspruchung natürlicher Ressourcen und Umweltzerstörung auf die leichte Schulter nehmen kann. Die Zerstörung der Biodiversität und die Klimaerwärmung stellen durchaus existenzielle Bedrohungen dar. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass Innovationen entstehen, die diese Probleme lösen. Ob es dazu kommt, hängt von vielen Faktoren ab, auch davon, ob durch wirtschaftspolitische Eingriffe wie

etwa CO₂-Preise entsprechende Anreize gesetzt werden. Nachhaltigkeit lässt sich aber sicherlich nicht dadurch erreichen, dass man Wirtschaftswachstum anhält oder eine schrumpfende Wirtschaft anstrebt. Ganz im Gegenteil zeigt die Erfahrung, dass die Bereitschaft, Anstrengungen zur Lösung globaler Umweltprobleme zu unternehmen, erst mit steigendem Wohlstand zunimmt.

Literaturverzeichnis

Alt, F. (1994), Die Sonne schickt uns keine Rechnung. Die Energiewende ist möglich, Piper Verlag.

Arlia, D., M. Dolls, C. Fuest, C.D. Gstrein, C. Krolage und F. Neumeier (2022), Entwicklungen am Berliner Immobilienmarkt ein Jahr nach dem Mietendeckel, ifo Schnelldienst 04-75, S. 50-55.

Bohnenkamp-Renken, A. (2012), Goethe und Geld, Forschung Frankfurt – Das Wissenschaftsmagazin, 30. Jahrgang (2), Goethe-Universität Frankfurt.

Christofzik, D. I., L. P. Feld und M. Yeter (2019), Öffentliche Investitionen: Wie viel ist zu wenig?, Schweizer Monat 1064, S. 60-63.

Diamond, R., T. McQuade und F. Qian (2019), The Effects of Rent Control Expansion on Tenants, Landlords, and Inequality: Evidence from San Francisco, American Economic Review 109(9), S. 3365-3394.

Dolls, M., C. Fuest, F. Neumeier und D. Stöhlker (2021), Ein Jahr Mietendeckel: Wie hat sich der Berliner Immobilienmarkt entwickelt?, ifo Schnelldienst 03-74, S. 26-32.

Feld, L.P., J. Braun, J. Hassib und D. Nientiedt (2025), Kreditfinanzierung von öffentlichen Investitionen: Möglichkeiten und Grenzen, Gutachten im Auftrag von Die Familienunternehmer e.V.

Frontier Economics (2025), Neue Wege für die Energiewende („Plan B“), Wissenschaftliche Studie im Auftrag der Deutschen Industrie- und Handelskammer.

Goethe, J.W.v. (1832), Faust. Der Tragödie zweiter Teil. Stuttgart. In: Deutsches Textarchiv https://www.deutschestextarchiv.de/goethe_faust02_1832/77.

Haucap, J., I. Loebert und S. Thorwarth (2016), Kosten der Energiewende: Untersuchung der Energiewendekosten im Bereich der Stromerzeugung in den Jahren 2000 bis 2025 in Deutschland, Ein Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Langer, M., J. Hassib, L.P. Feld und D. Nientiedt (2025), Evaluating the Effects of the German Debt Brake: A Synthetic Control Approach, CESifo Working Paper No. 11933.

Ochsner, C. und M. Werding (2025), Public Debt and Investment under the European Fiscal Compact, Arbeitspapier, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.

Prager, E. und M. Schmitt (2021), Employer Consolidation and Wages: Evidence from Hospitals, American Economic Review, 111(2), S. 397-427.

Schmoller, G. (1900/1978): Grundriss der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre Erster Teil, Duncker & Humblot: Berlin.

Sims, D. P. (2007), Out of Control: What Can We Learn from the End of Massachusetts Rent Control?, Journal of Urban Economics 61(1), S. 129-151.

Sims, D. P. (2011), Rent Control Rationing and Community Composition: Evidence from Massachusetts, B.E., Journal of Economic Analysis & Policy 11(1), S. 1-30.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2025), Zur Notwendigkeit einer wirksamen Schuldenbremse, Berlin, Gutachten 02/2025.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2024), Kurzinformation: Zur Berechnung der Investitionskosten für die Energiewende, WD 5 - 3000 - 135/24.

Veröffentlichungen des Kronberger Kreises in dieser Schriftenreihe

- 75 Wirtschaftspolitische Irrtümer (2025)
- 74 Mehr Wettbewerb in der Verwaltungsdigitalisierung (2025)
- 73 Für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (2024)
- 72 Flexibilität statt Solidität? Zur Reform der europäischen Fiskalregeln (2023)
- 71 Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland in Gefahr? Was zu tun ist und was man unterlassen sollte (2023)
- 70 Krankenhausversorgung in Deutschland: Diagnose und Therapie (2022)
- 69 Green Deal auf Kosten des Wettbewerbs? (2022)
- 68 Die Herausforderungen jetzt annehmen! (2021)
- 67 Die geldpolitische Strategie der EZB: Was geändert werden sollte und was nicht (2021) *auch auf Englisch*
- 66 Kein Rückzug in die Festung Europa! (2020) *auch auf Englisch*
- 65 Unternehmensbesteuerung unter Wettbewerbsdruck (2018)
- 64 Weckruf für die deutsche Wirtschaftspolitik (2017)
- 63 Neue Diskriminierungsverbote für die digitale Welt? (2017)
- 62 Für eine echte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (2016)
- 61 Das entgrenzte Mandat der EZB – Das OMT-Urteil des EuGH und seine Folgen (2016) *auch auf Englisch*
- 60 Erbschaftsteuer: Neu ordnen statt nachbessern (2015)
- 59 Europäische Bankenunion: Vom Prinzip Hoffnung zum Prinzip Haftung (2014)
- 58 Neustart in der Energiepolitik jetzt! (2014)
- 57 Renaissance der Angebotspolitik (2013)
- 56 Bildungsfinanzierung neu gestalten (2013)
- 55 Wie viel Koordinierung braucht Europa? (2012)
- 54 Reform der Geldbußen im Kartellrecht überfällig (2012) *auch auf Englisch*
- 53 Systemstabilität für die Finanzmärkte (2011)
- 52 Öffentliche Finanzen dauerhaft sanieren – in Deutschland und Europa (2010)
- 51 Mehr Mut zum Neuanfang (2010)
- 50 Beschäftigung gering qualifizierter Arbeitsloser (2009)
- 49 Für einen wirksamen Klimaschutz (2009)
- 48 Staatsfonds: Muss Deutschland sich schützen? (2008)
- 47 Unternehmensmitbestimmung ohne Zwang (2007)
- 46 Erbschaftsteuer: Behutsam anpassen (2007)
- 45 Dienstleistungsmärkte in Europa weiter öffnen (2007)
- 44 Den Subventionsabbau umfassend voranbringen (2006)

- 43 Den Stabilitäts- und Wachstumspakt härten (2005)
- 42 Tragfähige Pflegeversicherung (2005)
- 41 Flexibler Kündigungsschutz am Arbeitsmarkt (2004)
- 40 Gute Gemeindesteuern (2003)
- 39 Mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen (2002)
- 38 Privatisierung von Landesbanken und Sparkassen (2001)
- 37 Abgeltungssteuer bei Kapitaleinkommen (2000)
- 36 Die föderative Ordnung in Not – Zur Reform des Finanzausgleichs (2000)
- 35 Arbeitszeiten und soziale Sicherung flexibler gestalten (1999)
- 34 Die Aufgaben – Wirtschaftspolitische Orientierung für die kommenden Jahre (1998)
- 33 Osterweiterung der Europäischen Union (1998) *auch auf Englisch*
- 32 Globalisierter Wettbewerb (1998)
- 31 Sozialunion für Europa? (1996) *auch auf Englisch* (1997)
- 30 Steuerreform für Arbeitsplätze und Umwelt (1996)
- 29 Einwanderungspolitik – Möglichkeiten und Grenzen (1994)
- 28 Mehr Langfristdenken in Gesellschaft und Politik (1994)
- 27 Zur Reform der Hochschulen (1993)
- 26 Privatisierung auch im Westen (1993)
- 25 Einheit und Vielfalt in Europa – Für weniger Harmonisierung und Zentralisierung (1992) *auch auf Englisch und Französisch*
- 24 Zur Wirtschaftsreform in Osteuropa (1992)
- 23 Reform der öffentlichen Verwaltung (1991)
- 22 Wirtschaftspolitik für das geeinte Deutschland (1990)
- 21 Soziale Marktwirtschaft in der DDR – Reform der Wohnungswirtschaft (1990)
- 20 Soziale Marktwirtschaft in der DDR
– Währungsordnung und Investitionsbedingungen (1990)
- 19 Mehr Markt in Hörfunk und Fernsehen (1989)
- 18 Reform der Unternehmensbesteuerung (1989)
- 17 Mehr Markt in der Energiewirtschaft (1988)
- 16 Das soziale Netz reißt (1988)
- 15 Mehr Markt in der Telekommunikation (1987)
- 14 Reform der Alterssicherung (1987)
- 13 Mehr Markt im Gesundheitswesen (1987)
- 12 Mehr Mut zum Markt – Konkrete Problemlösungen (1986)
- 11 Bürgersteuer – Entwurf einer Neuordnung von direkten Steuern
und Sozialleistungen (1986)
- 10 Mehr Markt im Arbeitsrecht (1986)
- 9 Mehr Markt für den Mittelstand (1985)
- 8 Für eine Neue Agrarordnung – Kurskorrektur für Europas Agrarpolitik (1984)

- 7 Mehr Markt in der Wohnungswirtschaft (1984)
- 6 Die Wende – Eine Bestandsaufnahme der deutschen Wirtschaftspolitik (1984)
- 5 Arbeitslosigkeit – Woher sie kommt und wie man sie beheben kann (1984)
- 4 Mehr Markt im Verkehr (1984)
- 3 Mehr Beteiligungskapital (1983)
- 2 Vorschläge zu einer „Kleinen Steuerreform“ (1983)
- 1 Mehr Mut zum Markt (1983)

Veröffentlichungen des Kronberger Kreises in der Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“

- 153 30 Jahre Wiedervereinigung: Mehr Mut zur Vielfalt (2020)
- 106 Lehren der Finanzmarktkrise (2009)
- 104 Irrwege in der Sozialpolitik (2008)
- 102 Gegen die Neubelebung der Entfernungspauschale (2008)
- 96 Wider die Aushöhlung der Welthandelsordnung – Für mehr Regeldisziplin (2006)
- 63 Ökologische Steuerreform: Zu viele Illusionen (1999)
- 54 Gegen eine Mehrwertsteuererhöhung zur Senkung der Sozialabgaben (1997)
- 52 Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik – Die Tarifautonomie in der Bewährungsprobe (1995)
- 43 Wirtschaftspolitik im geeinten Deutschland:
Der Kronberger Kreis zu Kernfragen der Integration (1992)
- 17 Die Reform des Gemeindesteuersystems (1988)
- 3 § 116 Arbeitsförderungsgesetz: Es geht um die Neutralität des Staates (1986)

Veröffentlichungen des Kronberger Kreises in der Reihe „Positionspapiere“

- 7 Für eine freie Preisbildung (2015)

Der Kronberger Kreis stellt sich vor:



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld

Sprecher des Kronberger Kreises, Direktor des Walter Eucken Instituts, Universität Freiburg, ehem. Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

Präsident des ifo Instituts, Direktor des Center for Economic Studies (CES), Geschäftsführer der CESifo GmbH München, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen.



Prof. Dr. Justus Haucap

Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE), Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Wettbewerb des Vereins für Socialpolitik, ehem. Vorsitzender der Monopolkommission.



Prof. Dr. Johanna Hey

Direktorin des Instituts für Steuerrecht, Universität zu Köln, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und der Künste Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen.



Prof. Volker Wieland Ph.D.

Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS), Frankfurt, ehem. Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



Prof. Dr. Berthold U. Wigger

Professor für Finanzwissenschaft und Public Management am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen.

„Mehr Mut zum Markt“ lautet die Devise des Kronberger Kreises, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft. Der 1982 gegründete Kronberger Kreis entwickelt ordnungspolitische Reformkonzepte, mit dem Ziel, die freiheitliche Ordnung in Deutschland und Europa weiterzuentwickeln. Den Staat sieht er als Regelsetzer und Schiedsrichter, nicht als Mitspieler und „Übervater“. Mit seinen Konzepten prägt der Kronberger Kreis seitdem die wirtschaftspolitische Diskussion mit.

In der öffentlichen Debatte dringen Halbwahrheiten und populäre Mythen häufig stärker durch als wissenschaftlich fundierte Argumente und empirisch belegte Erkenntnisse. Sie setzen sich vor allem dann fest, wenn sie einfache Antworten auf komplexe Fragen geben und vermeintlich an den gesunden Menschenverstand appellieren. Jedoch führen solche Zerrbilder – bewusst oder unbewusst – in die Irre. Damit der gesellschaftliche Diskurs zu tragfähigen politischen Entscheidungen beiträgt, ist es von zentraler Bedeutung, solchen Mythen und Fehlschlüssen entschieden entgegenzutreten.

Vor diesem Hintergrund untersucht der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, zwölf wirtschaftspolitische Irrtümer, die die aktuellen Debatten prägen. Die Themen reichen von Staatsfinanzen über Industrie- und Klimapolitik bis hin zur grundsätzlichen Frage, ob planetare Grenzen das Wirtschaftswachstum begrenzen.

